

Ergänzungsblätter.

No. 4.

Samstag den 16. Juli.

1848.

LITTERATUR.

Polen, Preußen und Deutschland.

Ein Beitrag zur Reorganisation Europas.

Die dringende Frage nach dem, was unmittelbar in der politischen Frage geschehen müsse, hat im Allgemeinen großartige politische Kombinationen, die an dieselbe anzuknüpfen gewesen wären, etwas zurücktreten lassen. Die Instanz, deren Entscheidung ein Volk im Augenblicke des unmittelbaren Handelns nachsucht, ist gewiß niemals im Bereiche historischer Wahrscheinlichkeiten zu finden; sie liegt im sittlichen Bewußtsein der Nationen und der Einzelnen. Sicher wenigstens hätte den Polen eine wahrhafte politische Weisheit andere Bahnen zu gehen geboten, als sie eingeschlagen haben, weil ihr Wille bedingt wurde durch nicht zu beherrschende Leidenschaft und durch ungestümes, alles Maas überschreitendes Verlangen. Andererseits aber haben sich auch die Deutschen hier in den Tagen der Gefahr von der Gewalt des Augenblicks leiten lassen; sie thaten, was sie nicht lassen konnten und, was der Gang der Ereignisse selbst zu fordern schien, das erklären sie noch jetzt für geschichtliche Nothwendigkeit. Auch bei ihnen waren weit mehr die Mächte des tief ergriffenen Gefühls und des auch leidenschaftlich erregten Willens unmittelbar thätig, als die ruhige Reflexion und der bedächtige Hinblick auf alle nur möglichen historischen Konsequenzen. Wir wissen es alle, daß sich Geschichte unter uns zugetragen, aber wir wissen auch, daß ohne Leidenschaft etwas Bedeutsames in der Geschichte nie geschieht. Nur der hervorragendste, umfassendste Geist mag sich einzig leiten lassen durch das, was die geschichtliche Weltlage ihm wünschenswerth zu machen scheint; wenn er aber seinem sittlichen Gefühle und dem Einfluß des unmittelbaren Eindrucks dabei gänzlich Schweigen gebietet, wird auch er leicht dem Strome der wahren Geschichte entrückt werden. Freilich wird der Besonnene niemals den tiefen Zusammenhang der Ereignisse aus den Augen verlieren; aber erst nachdem gehandelt ist, wird es möglich sein, das Geschehene ganz und gar mit Bewußtsein dem Zusammenhange der europäischen Verhältnisse einzureihen. Dann aber wird das wirklich richtige, aus echtem sittlichen Triebe hervorgegangene Handeln seine Rechtfertigung in der Uebereinstimmung des Vollbrachten mit den Forderungen der historischen Entwicklung finden.

Es wird nun auch an der Zeit sein, Argumentationen, wie die der vorliegenden Schrift, denen wir eine tiefere Begründung und allgemeinere Wahrheit zugeschieben müssen, zu vergleichen mit dem Standpunkte, auf den uns die Entwicklung der Ereignisse gebracht und den unser Bewußtsein bisher als den richtigen anerkannt hat. Denn wenn wir uns auch immer auf die allgemeine geschichtliche Wahrheit berufen haben, indem wir zur Lösung der polnischen Frage eine durchgreifende Trennung der Nationalitäten verlangten, so ist es uns doch nicht eingefallen, überhaupt den nationalen Standpunkt als den einzigen oder als den höchsten bei Betrachtung geschicht-

licher Verhältnisse anzusehen; nur weil sie zunächst angegriffen und am unmittelbarsten theilhaftig war, betonten wir das Recht unserer Nationalität und was unser Herz am wärmsten schlagen machte, davon ließen wir uns zum Handeln begeistern, während die allgemeinere Erwägung aller historischen Gesichtspunkte ruhigeren Zeiten vorbehalten bleiben mußte.

Der Grundgedanke der vorliegenden Schrift ist: Polen muß mit Preußen (das selbst hinfort nur ein Glied des großen deutschen Reiches ist) in eine Union treten, in welcher es seine besondere nationale Verfassung und Verwaltung bewahren, aber mit Preußen ein gemeinsames Centrum der öffentlichen Auctorität haben wird (was folgt: „dem einen und selbigen Könige huldigend, der abwechselnd in Berlin und in Warschau residiren wird“, ist jedenfalls eine viel weitere Konsequenz, die am besten ganz bei Seite liegen bleibt). Der Beweis dieser Behauptung wird zunächst daraus geführt, daß die Errichtung eines neuen, ganz selbstständigen Polenreiches mit unüberwindlichen Schwierigkeiten umgeben sei.

Diese Schwierigkeiten liegen zunächst in der geographischen Lage, denn Polen ist ein Binnenland ohne Antheil an der Meeresküste. Würde es zum selbstständigen Reiche, so wäre der Kampf mit Preußen um die Ostseeküste unvermeidlich. Polen aber bedarf zur Heilung seiner tiefen Wunden des Friedens, den ihm nur eine feste Union mit Preußen gewähren kann. — Wichtiger erscheint uns die aus dem innern Zustande Polens hergeleitete Beweisführung. „Polen ist mit der Anarchie zu Grunde gegangen und das neue Polen würde mit der Anarchie beginnen.“ Es fehlt ihm jeder innere politische Halt — darum muß es ein Centrum der Auctorität im Auslande suchen. „Nur die Verbindung mit Preußen kann Polen vor einem Bürgerkriege bewahren und ihm eine organische politische Entwicklung verbürgen.“ — Ferner ist Polen ein ackerbaureichendes Land, ihm fehlt das bürgerliche Element; deshalb muß es in einem auch gewerblichen Lande, wie Preußen es ist, seine Ergänzung erhalten. — Durch eine solche Verbindung wird Preußen nicht aufhören, ein deutscher Staat zu sein; aber nicht deshalb, weil, wie der Verfasser sagt, Deutschland überhaupt niemals ein National-Staat werden könnte. Denn daß es dies werde, ob auch noch so sehr der Slawismus sich bis zum Nibelungengebirge vordränge, dafür bürgt uns der eben mächtig erwachte nationale Sinn unseres Volkes, das fordert unabweislich der Ruf der Geschichte, welche die Staaten durch die Völker gebildet wissen will. — Aber wohl deshalb, weil eine freie Vereinigung der Nationalitäten überhaupt Aufgabe der Zukunft ist und weil, je unbefangener das Verhältniß der Völker zu einander ist, desto ausgeprägter jedes einzelnen Volksthumlichkeit bleiben wird. Wenn also der Bundesstaat Deutschland auf dem Boden der deutschen Nationalität eine Wahrheit geworden ist, so hindert gar nichts, daß mit ihm durch Vermittelung eines seiner Glieder andere, slawische, Völker in einen Staatenbund treten, vorausgesetzt daß sie, wie ja auch der Verfasser will, ihre eigene Verfassung und Verwaltung behalten. So lange dies aber stattfindet, werden sie eben so wenig ihre politische Selbstregierung



115.

DZS I. 1/3453/3-52

13/3453

als ihre nationale Eigenthümlichkeit einbüßen. Sie werden jedoch mit Preußen, dem Gliede des Bundesstaats Deutschland, nicht wiederum einen Bundesstaat, sondern einen Staatenbund bilden. Das erstere wäre eine Unmöglichkeit, das letztere ist es nicht. Es ist ganz wahr, daß „alle Ideen von der Unterdrückung der Nationalitäten und dem Aufdrängen einer fremden Nationalität verschwinden müssen“, daß sie „schon verschwunden sind vor dem besseren Geiste aller erleuchteten Männer unsrer Zeit“, daß sich „an den Sozialismus der Individuen und der Stände der Sozialismus der Nationalitäten anschließt“ d. h. die freie Vereinigung der selbstständig bestehenden, aber nicht eine communistische Nationalitäts-Gemeinschaft aller Völker. Wir geben gern zu, daß eine Germanisirung Polens des Zeitgeistes unwürdig wäre und daß weder der Gegensatz der Eigenthümlichkeit, noch der Religion beider Völker ihre freie Association unmöglich macht; wir wollen auch die Nothwendigkeit einer gegenseitigen Ergänzung anerkennen. Aber das widerstrebt nicht im Mindesten unserer Behauptung, daß das innere Leben eines Staates von der Nationalität getragen und bedingt wird.

Der Verfasser entwickelt nun, wie die geographischen Verhältnisse Europa's ebensowohl einen haltischen (also polnisch-preussischen), als einen Bundesstaat (wir würden sagen Staatenbund) der Donauvölker, jenen unter Preußens, diesen unter Oesterreichs Hegemonie verlangen. Deutschland genügt so seiner Vermittlungsaufgabe zwischen dem Osten und Westen Europa's; es wird der „wahre Repräsentant des höheren Sozialismus — eines Sozialismus, der auch die Beziehungen der Völker regeln muß und vor welchem die Vorstellungen exclusiver Nationalitäten und dominirender Staatsgewalten verschwinden müssen.“ Aber eben deshalb werden die Beziehungen Deutschlands zu allen übrigen Nationen andere sein müssen, als die Verhältnisse seines innern Staatslebens, das ohne dominirende Staatsgewalt überhaupt gar kein Staats- und darum auch kein Volksleben wäre. „Überall wird sich zusammen thun, was zusammengehört; nicht aber bloß nach den Formen staatlicher Einheit“ (diese werden nur die einzelnen Nationalitäten umschließen), „sondern als eine Völker-Gesellschaft, durch den Föderalismus in mannigfaltigen Formen mit einander verschlungen, jedes Glied in seiner Eigenthümlichkeit frei“ (also doch wohl auch in der politischen Ausprägung seiner nationalen Eigenthümlichkeit?).

Wenn man sich aber, um der Nationalität alles Recht bei Entscheidung politischer Fragen bestreiten zu können, auf bestehende Verhältnisse beruht; wenn man, wie der Verfasser, daran erinnert, daß die Schweiz theilweise deutsch, theilweise französisch, theilweise italienisch sei, daß das deutsche Elsaß ohne Widerstreben dem Staate Frankreich angehöre, so spricht aus diesen Beispielen nur das Recht der Vergangenheit, nicht das der Zukunft. Die Anführung der Tschechen in Deutschland, der Provençalen und Bretonen in Frankreich, der Walliser, Schotten und Iren in England u. s. f. gehört aber vollends nicht hierher: das sind Nationalitäten, die längst jeden Anspruch auf eigene geschichtliche Existenz verloren haben und auch der Verfasser wird sicherlich nicht verlangen, daß im deutschen Bundesstaate die Tschechen, in einem französischen die Bretonen und Provençalen u. s. f. gleichberechtigt neben die Deutschen und Franzosen treten sollen. Ganz anders ist es mit den Polen; haben sie nicht die Fähigkeit, als eine völlig selbstständige europäische Macht den bestehenden zur Seite zu treten, so sind sie doch noch nicht zu der Unbedeutendheit herabgesunken, in der wir die Böhmen, Walliser, Provençalen u. s. f. finden. — Sollen sie aber zu Deutschland und Preußen in ein föderatives Verhältnis treten, so dürfen sie auch nicht in eine

völlige Vermischung mit den Deutschen gerathen. Denn die Nationalitäten sind freilich nicht von einander getrennt, wie „die Felber auf dem Schachbrette“; wo aber zwei Völker, jedes mit besonderer „Verfassung und Verwaltung“ neben einander bestehen sollen in freier Vereinigung, da kann nichts anderes, als die Nationalität, ihre Grenze bezeichnen. Nur wo eine derartige freie Scheidung geschehen, wo also eine Erhaltung der Selbstständigkeit beider Nationalitäten verbürgt ist, wird jede Möglichkeit eines Nationalkrieges aufhören. Wo es aber einmal zum Conflict zweier Nationalitäten gekommen ist und zwar aus keinem andern Grunde, als weil die eine der andern den Raum zu unbehinderter Entwicklung streitig gemacht hat: da giebt es kein andres Mittel, als daß die Nationalitäten sich, so weit es möglich ist, scheiden — jedenfalls so weit, daß die einmal wachen Regungen des Nationalhaffes keine Nahrung mehr finden. Der wohlthätige Einfluß der Zeit wird dann die inneren Stützen des friedlichen Nebeneinanderbestehens je mehr und mehr befestigen und erst, wenn dies geschehen, werden die „immer zurückbleibenden gemischten Grenzgebiete die nationale Vermittelung befördern.“ — Die Ausdehnung aber solcher Grenzgebiete, die mit einem Unterlassen der Demarkation gleichbedeutend sein würde, hieße eben nichts weiter, als den feindlichen Gegensatz der Nationalitäten zu einem permanenten machen. Das hat, wenn die innere Nothwendigkeit der Sache noch nicht begriffen sein sollte, die Entwicklung der Ereignisse hier in der Provinz selbst bewiesen.

Wenn wir so die Verechtigung der Nationalität innerhalb ihrer Grenzen festhalten und damit nach wie vor die Nothwendigkeit einer Demarkationslinie in der Provinz Posen behaupten: so können wir der weiteren Darstellung eines solchen föderativen deutsch-slawischen Staatenbundes, wie sie der Verfasser giebt, im Allgemeinen unsern Beifall nicht verfahren. Vereichert durch das Hinzukommen der deutsch-russischen Offsee-Provinzen wird er, ohne daß die in sich unhaltbare Ansicht von einer polnischen Vormauer gegen den Osten wahr würde, Rußland zwingen, sich seiner einzigen Bestimmung gemäß gen Osten zu wenden und mit bescheidener Sinnahme jedes Willkürsweises, den ihm der Westen reicht, aus der anmaßend drohenden Stellung gegen Europa herauszutreten. Eine Vereinigung russischer und europäischer Kultur ist gegenwärtig unmöglich; wohl aber eine Heranbildung der asiatischen Barbarei zur europäischen Civilisation durch die Vermittelung des russischen Lebens, das dem asiatischen ja so nahe steht. — Durch Preußen tritt dann Deutschland in die Verbindung mit dem slawischen Osten und dem skandinavischen Norden, wie durch Oesterreich mit den südlichen Slaven an der Donau und mit Italien; Deutschland wird, was es sein soll, der Mittelpunkt des europäischen Lebens. Ob dazu aber an Deutschlands Spitze gerade ein Directorium von den drei Gliedern: Preußen, Oesterreich und dem (ebensfalls gewählten) Vorort der übrigen deutschen Staaten gebildet, nöthig sei, dem ein Bundesrath (in dem jedes Land nach seiner Bevölkerung vertreten ist) zur Seite steht: das mag auf sich beruhen. Wir wollen freilich keine Centralisation, aber doch eine starke politische Einheit. Die letztere tritt bei dem Verfasser sehr in den Hintergrund. Jedenfalls aber gehört seine Schrift zu dem Lesenswerthesten, was uns die jüngste Vergangenheit gebracht hat und der Sinn, in dem sie geschrieben, ist ein edler und großer. Trotz aller Meinungsverschiedenheit im Einzelnen verkennen wir nicht die Wahrheit der Schlussworte: „Der deutsche Geist, das ist der wahre Kaiser. Er wohnt nicht in Frankfurt noch auch in Wien oder Berlin; er ist hier und dort und allerwegen und wird herrschen bis an das Ende der Tage.“

Deutsche Volksversammlung im Oberrhein.

Am 9. Juli.
Die Versammlung wird durch den Rektor Banfelmw, in Vertretung des abwesenden Ordners Dr. Barth eröffnet.

Dr. Wendt jun. berichtet Namens des Comité, daß aus Frankfurt a. M. die besten Nachrichten über den Staud unserer Angelegenheiten eingegangen, es sei mit Gewißheit zu erwarten, daß in der nächsten Zukunft unsere Sache zur Entscheidung kommen werde, daher wir denn im Laufe der nächsten Wochen schon über unser Schicksal Aufschluß haben dürften.

Er berichtet ferner, daß, nach einem heut eingegangenen Schreiben des Central-Bürgerausschusses zu Bromberg, die Meinungsdivergenz Rücksichts der Einverleibung des ganzen Großherzogthums in den deutschen Bund nunmehr ausgeglichen sei, indem der gedachte Bürgerausschuß sich der Reorganisation nicht widersetze, vielmehr vereint mit dem Comité für deren schleunige Ausführung wirken wolle. Das diesfällige Schreiben wird verlesen.

Hierauf nimmt Hr. Professor Herzberg das Wort, er bespricht das in der heutigen Zeitung in Betreff der Bürgerwehr enthaltene Inserat. Er hätte gewünscht, hierüber gar nicht sprechen zu dürfen, doch sei er es der Ehre der ganzen Bürgerwehr schuldig, hier öffentlich zu erklären, daß er der festen Meinung sei, dieses Inserat sei nur von einer bekannten feindlichen Parthei ausgegangen, er habe in diesem Sinne ein Plakat bereits erlassen und bitte, die Sache nunmehr auf sich beruhigen zu lassen, da ein großes Unglück für das ganze Institut dadurch entstehen würde, falls es sich herausstellen sollte, daß, wie er indeß bezweifle, dieses Inserat wirklich von Mitgliedern der Bürgerwehr erlassen wäre.

Hr. Brühl tritt dem früheren Redner bei, beantragt jedoch die Ernennung einer Deputation, welche von der Zeitungs-Redaktion die betreffenden Namen zu erfahren suchen soll.

Hr. Lehrer Rosenberg fühlt sich gedrungen, öffentlich zu erklären, daß seine christlichen Kameraden stets freundlich und liebevoll gegen ihn und seine Glaubensgenossen sich benommen, es sei nie auch nur die geringste Feindseligkeit, vielmehr die beste Kameradschaft zu bemerken gewesen, und er sei daher fest der Ueberzeugung, daß jenes schändliche Inserat keinen Bürgerwehrmann zum Verfasser habe.

Hr. Herzberg ehrt das, was der vorige Redner gesprochen, bittet jedoch, das Geschehene zu vergessen und diese unangenehme Angelegenheit auf sich beruhigen zu lassen.

Der Ordner stellt hiernächst den von Hr. Brühl formulirten Antrag zur Abstimmung, welcher jedoch mit großer Majorität verworfen wird.

Hiernächst spricht Hr. Michaelis Breslauer über das von Hr. Herzberg erlassene Plakat, er ehre zwar des Hrn. H. Gesinnungen, glaube jedoch, daß er uns durch dieses Plakat nur einlullen wolle, dies sei kein energisches Handeln, welches hier so sehr nöthig sei; er bittet, daß Hr. H. als Kommandeur sämmtliche Mitglieder der Bürgerwehr zur schriftlichen Erklärung darüber auffordern möchte, daß jenes Inserat von keinem der Bürgerwehrmänner ausgegangen.

Hr. Herzberg lehnt dieses Anerbieten als unpraktisch ab, er wiederholt, daß durch Erforschung der Namen nur das größte Unglück hereinbrechen würde, daher er sich denn niemals dazu bewegen lassen werde, die Namen jener Verfasser, falls sie ihm bekannt würden, zu veröffentlichen; übrigens spreche er auch der Volksversammlung das Recht ab, über den Breslauer'schen Antrag zu entscheiden, da diese nicht aus lauter Bürgerwehrmännern bestehe.

Hr. Polizeirath Hirsch meint, daß die in Rede stehende Thatsache von dem vorigen Redner viel zu schonend mit dem

Worte ungerecht bezeichnet worden, er müsse ein Verfahren, wie jenes Inserat, durch welches das ganze Institut der Bürgerwehr compromittirt werde, niederträchtig nennen; er wolle zwar auch den ganzen Vorfall vergessen wissen, glaube jedoch, daß es sehr zur Entkräftung desselben beitragen würde, wenn jetzt recht viele Bürger noch in die Bürgerwehr eintreten, wozu er hierdurch dringend auffordere. Hr. Hirsch bringt ferner den in der heutigen Zeitung enthaltenen Protest an die National-Versammlung in Frankfurt a. M. zur Sprache und erklärt, daß ihm der Bürger Opitz die Versicherung gegeben, jenen Protest nicht unterschrieben zu haben. Hr. Jaffé bestätigt dies Namens des Comité's und bemerkt, daß bereits durch eine notarielle Erklärung festgestellt worden, wie der größte Theil jener Unterschriften falsch sei. Das Nähere hierüber wird das Comité seiner Zeit veröffentlichen.

Nachdem hierauf Hr. Brühl ums Wort gebeten und unter großer Unruhe die Tribüne betreten, macht derselbe die Mittheilung, daß er erfahren, wie am 15. d. M. Handwerker die hiesigen Bäcker- und Bierläden stürmen und demoliren wollen, er beantrage daher, den Magistrat zu veranlassen, daß jetzt billigere Brod- und Bierpreise festgesetzt würden, da nur dies das einzige Mittel sei, den drohenden Sturm zu beschwören.

Hr. Meyer widerspricht mit größter Indignation der Brühlschen Behauptung; er, ic. Meyer, hieselbst Handwerker, gehöre dem Handwerkervereine an und habe die beste Gelegenheit, deren Gesinnungen zu erforschen, er müsse daher die Anführung des vorigen Redners für eine Verläumdung erklären.

Hr. Herzberg spricht ebenfalls dagegen, während Hr. Brühl, trotz der heftigsten Unruhe, nochmals, und zwar ganz unverständlich, seinen früheren Antrag wiederholt.

Hierauf stellt Hr. Breslauer den Antrag darauf, daß das vielbesprochene Inserat von der Versammlung als niederträchtig erklärt werde. Dem widerspricht Hr. Herzberg, da er die Volksversammlung zur Abgabe einer solchen Erklärung nicht für competent erachten könne, indem diese sich nicht in die Angelegenheiten der Bürgerwehr zu mischen habe. Dagegen opponirt Hr. v. Schreeb kräftig, er gebe zwar zu, daß die Volksversammlung der Bürgerwehr keine Vorschriften zu machen habe, nichtsdestoweniger halte er diese Angelegenheit als gerade vor das Forum der Volksversammlung gehörig, er beantrage daher, daß dieselbe die Gesinnung, die jenes Inserat hervorgerufen, als niederträchtig erkläre. Diese Erklärung erfolgte durch allgemeine Aclamation der Versammlung, welche demnach vom Ordner geschlossen wurde. R.

Konstitutioneller Klubb.

Sitzung vom 10. Juli.

Vorsitzender Hr. Direktor Barth. Der Entwurf der in der letzten Sitzung beschlossenen Adresse an den patriotischen Verein wird vorgelesen. Er wird nach kurzer Diskussion mit geringfügigen Abänderungen angenommen. Die Adresse lautet:

„Dem patriotischen Verein in Berlin erklärt hierdurch der konstitutionelle Klubb, indem er — ohne genaueres Eingehen in das Glaubensbekenntniß des patriotischen Vereins — die Kräftigung und Ausbildung der konstitutionellen Monarchie auch als das Ziel seiner Bestrebungen anerkennt, sich gern bereit, demselben in Unterdrückung des von einer verblendeten Partei hervorgerufenen anarchischen Treibens die Hand zu reichen, und sieht demnach der Uebersendung von

100 Exemplaren der von dem patriotischen Vereine ausgehenden Druckschriften mit Dank entgegen.
Pofen, den 10. Juli 1848.

Der konstitutionelle Klubb.
Es wird demnächst beschlossen:

- 1) daß künftig kurze Erwiederungen und persönliche Bemerkungen vom Plaze aus gesprochen werden dürfen, wenn das Verlangen zu reden durch Aufstehen zu erkennen gegeben wird;
- 2) daß vor dem jedesmaligen Schluß einer Debatte dem Antragsteller das letzte Wort zustehen soll.

Nachdem der Sprecher mitgetheilt hat, daß das gegenwärtig benutzte Lokal (im vorderen Theile des Odeums Parterre rechts) während der nächsten Wochen noch zur Disposition des Klubbs stehe, wird die Sitzung geschlossen.

Die nächste Sitzung findet Montag den 17. Juli Abends 7 Uhr statt. Gegenstand der Besprechung ist der Verfassungsentwurf von S. 33. ab: von den Ministern, — von den Kammern.

Erwiederung.

Nach der in der ersten Nummer der Ergänzungsblätter enthaltenen Mittheilung über die Verhandlungen in der Volks-Versammlung vom 24. Juni d. J. hat Herr Sassenkrug Folgendes öffentlich geäußert:

„Brüder, hat denn unsere Rechtspflege nicht still gestanden? Brüder, im vorigen Jahre, im August, habe ich eine Wechselklage eingereicht und in diesem Jahre den 30. Juni steht der erste Termin an. Heißt das nicht stillgestanden? Heißt das schnelle Justiz? u. s. w.“

Es kann nicht zweifelhaft sein, daß Herr Sassenkrug seine bei dem hiesigen Land- und Stadtgerichte schwebende Prozesfsache wider die H...schen Erben gemeint hat, denn nur bei dieser trifft der angegebene Terminstag zu. Dies vorausgesetzt, enthält die Aeußerung des Hrn. Sassenkrug Unwahrheiten.

Herr Sassenkrug hat aus einem wechselförmigen Schuldscheine einer nicht wechselfähigen Person Klage erhoben. Von einer Wechselklage hat daher nicht die Rede sein können, auch ist in der That nur im gewöhnlichen Prozesse geklagt worden.

Sodann hat Herr Sassenkrug gleich nach Einreichung der Klage das Ableben seines Schuldners angezeigt. Es ist ihm daher am 25. August v. J. aufgegeben worden, zuvörderst die Erben zu bezeichnen.

Demnächst hat derselbe in einer neuen Klagschrift vom 7. Dezember v. J. die Erben namhaft gemacht und, da diese zum Theil noch minderjährig sind, den Antrag gestellt, die Bevormundung herbeizuführen. Zu diesem Zwecke ist an die zweite Abtheilung des Gerichts, als die vormundschaftliche Behörde, am 9. Dezember v. J. verfügt worden. Aus dem hierdurch herbeigeführten Erlasse des vormundschaftlichen Gerichts hat sich jedoch ergeben, daß Zahl und Namen der bevormundeten Erben mit den diesfälligen Angaben des Herrn Sassenkrug nicht übereinstimmen. Dies ist demselben bekannt gemacht und es ist seine weitere Erklärung darüber gefordert worden, indem es Sache eines jeden Klägers ist, sich darüber auszusprechen, gegen wen er seine Klage richtet.

Herr Sassenkrug hat hierauf am 27. März d. J. seine Klage vervollständigt und am 1. April ist die Einleitung des Prozesses verfügt worden. Der Termin ist auf den 30. Juni hinausgesetzt worden, nicht blos mit Rücksicht auf die größere Anzahl der Erben, auf die dem Vormunde der Minderjährigen zu gewährenden geräumigeren Frist zur Information und auf die unregelmäßigen Zeitverhältnisse, sondern hauptsächlich deshalb, weil eine der mitverklagten Personen im Königreiche Baiern wohnt und die durch das ausländische Gericht zu bewirkende Labung derselben mit Zeitverlust verknüpft gewesen ist. Dies ist das den Akten entnommene Sachverhältniß.

Pofen, am 10. Juli 1848.

Seger.

Konstitutioneller Klubb.

Der Konstitutionelle Klubb hat am 10. Juli 1848 eine Sitzung abgehalten, in welcher die Verhandlungen in der Volks-Versammlung vom 24. Juni d. J. zur Sprache kamen. Der Vorsitzende, Herr Sassenkrug, hat die Verhandlungen in der Volks-Versammlung vom 24. Juni d. J. zur Sprache gebracht und die Beschlüsse des Klubbs mitgetheilt. Es wurde beschlossen, daß die nächste Sitzung am Montag den 17. Juli Abends 7 Uhr stattfinden soll. Gegenstand der Besprechung ist der Verfassungsentwurf von S. 33. ab: von den Ministern, — von den Kammern.